

Welche der beiden Charakterisierungen, ob „ethnischer Unternehmer“ oder „überzeugter Nationalist“, im Ergebnis die Oberhand gewinnt, dürfte offensichtlich von der Sympathie des Lesers für den Verfasser der Memoiren abhängen. Man kann aber wohl Vejas Gabriel Liulevicius zustimmen, dass mit der Veröffentlichung dieses Buches nicht nur zur Vorstellung der Biografie und Tätigkeit des Protagonisten ein wesentlicher Beitrag geleistet worden ist, sondern dass diese Publikation auch zum besseren Verständnis der Rolle derartiger „ethnischer Unternehmer“ in einer Zeit beiträgt, in der die künftigen Staatsgrenzen in Europa noch völlig unklar waren.<sup>8</sup> Während Gabrys jedoch mit dem Abfassen seiner Erinnerungen einen Teil der Arbeit bereits selbst geleistet hat, müssen neue Abhandlungen über vergleichbare Individuen wie z.B. den Ukrainer Volodymyr Stepankivs'kyj, den Finnen Fritz Wetterhoff und den bereits erwähnten Esten Aleksander Kesküla erst noch verfasst werden.

MART KULDKEPP

*Iseseisvusmanifest. Artikleid, dokumente ja mälestusi* [Das Unabhängigkeitsmanifest. Aufsätze, Dokumente und Erinnerungen]. Hrsg. von TÖNU TANNBERG und AGO PAJUR. Verlag Rahvusarhiiv. Tartu 2014. 374 S. ISBN 9789985858851.

Aus Lehrbüchern und Nachschlagewerken, in denen die Vergangenheit kurz und knapp zusammengefasst wird, gewinnt man leicht den Eindruck, als ob die Erlangung der estnischen Unabhängigkeit auf lineare und natürliche, gesetzmäßige und unwiderlegbare Weise erfolgt sei. Die Esten hätten schon lange nach ihrer Unabhängigkeit gestrebt, hätten sie verdient und quasi aufgrund eines Naturrechts dann auch letztlich erreicht. Bei näherer Betrachtung war dieser Prozess jedoch bei weitem nicht so einfach. Dies wird deutlich, wenn man sich näher mit dem von Tõnu Tannberg und Ago Pajur herausgegebenen Buch beschäftigt.

Dieser Band geht nicht nur auf das titelgebende Manifest ein, denn es liefert auch die politische Vorgeschichte der estnischen Eigenstaatlichkeit in den Jahren 1917–1918 bis zum Beginn der deutschen Besatzung, zum Teil sogar einen Rückblick in eine noch frühere Zeit. Das größte Plus dieser kollektiven Untersuchung stellen die sehr detaillierte und quellenkritische Faktengeschichte sowie die sorgfältige Analyse der Umstände, der

---

<sup>8</sup> Siehe die Rezension des hier anzuzeigenden Bandes von VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS, in: *Journal of Baltic Studies* 45 (2014), S. 547–550.

ideellen Grundlagen und der innen- bzw. außenpolitischen Aspekte der Ausrufung der Unabhängigkeit dar; hinzu kommt die repräsentative Auswahl von thematisch einschlägigen Dokumenten. Auf die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte der Erlangung der Unabhängigkeit wird jedoch nicht näher eingegangen. In drei hier näher vorzustellenden, einander ergänzenden Aufsätzen trifft man auch auf neue Gedanken über die Möglichkeiten der kleinen Völker – deren Staatsfähigkeit – im Spannungsfeld der geopolitischen Ambitionen der Großmächte in der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Auflösung der alten Imperien.

Jaan Undusk analysiert in seinem Beitrag „Die Intertextualität des Unabhängigkeitsmanifests“ den entsprechenden Text aus semiotischer Perspektive. Der Autor zeigt, dass das Problem der Selbstbestimmung und der Erlangung der Unabhängigkeit zahlreiche verzweigte Aspekte und verschiedene Nuancen aufweist; dabei stehen jedoch die Beziehungen zwischen Estland bzw. den Ostseeprovinzen und der imperialen Metropole, dem Russländischen Reich, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, während das Deutsche Reich und die Entente aus dem Hintergrund Einfluss zu nehmen versuchten. Undusk beschäftigt sich näher mit dem marxistischen Konzept der Souveränität in den Schriften Lenins und Stalins, die damals in Estland jedoch eher unbekannt waren. Dort wurde mehr auf die Austromarxisten hingewiesen, so z.B. in der Zeitschrift der so genannten Jungsten (*nooreestlased*), „Vaba Sõna“ (Freies Wort, 1914–1916), in der der gesellschaftlich-politische Diskurs der Zeit vor der Erlangung der Unabhängigkeit sein höchstes Niveau erreicht hatte. Die tatsächliche Entwicklung in der baltischen Region und in Osteuropa wurde dabei durch die heuchlerische Taktik der Bolschewiki beeinflusst, die als Endziel der „Selbstbestimmung der Werktätigen“ nicht die Sezession von Russland, sondern den Zusammenschluss zu einer sozialistischen Großmacht unter der Leitung des Proletariats als „Totengräber der Bourgeoisie“ in den Grenzen des ehemaligen russischen Imperiums – oder sogar Europas: man denke an Lenins Losung der Vereinigten Staaten von Europa – ansahen.

An Projekten, die demgegenüber für den „eigenen Staat“ kämpften und miteinander konkurrierten, gab es zwei: das estnische und das deutsch-baltische. Somit war die Erlangung der Unabhängigkeit in jedem Fall ein nationales Projekt, wobei die Frage nur darin bestand, unter wessen Ägide es realisiert wird. 1917 jedoch hatte noch die Idee einer Föderation, die in der estnischen Politik schon seit 1905 aufgekommen war, in Bezug auf fast alle diskutierten Staatsprojekte die Oberhand behalten. In den Begriffen Föderalismus und Unabhängigkeit/Souveränität wurde damals kein unversöhnlicher Widerspruch gesehen. Unter Föderalismus wurde ein Bund autonomer Regionen wie in der Schweiz verstanden.<sup>1</sup> Solange jedoch die

<sup>1</sup> A. VOLGIN, S. AŠIN: Tolkovatel' poliitičeskich slov i terminov, s kratkim obzorum vsech suščestvujuščich partij [Wörterbuch politischer Wörter und Termini, mit einem kurzen Überblick über alle existierenden Parteien], Moskau <sup>2</sup>1906, S. 50f.

Föderalisierung des Russländischen Reichs eine nur theoretische Möglichkeit blieb, gab es weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, die Rechte der Gliedstaaten genauer festzulegen. Man darf davon ausgehen, dass sich die Gliedstaaten einer zukünftigen Föderation möglichst weitgehende Rechte vorstellten, um über ihre lokalen Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Bis etwa Ende 1917 waren die für die Unabhängigkeit eintretenden Kreise in Estland gewillt, mit einer größeren Einheit vereint zu bleiben, wobei eine Föderation mit dem demokratischen Russland, eine Union mit Finnland, eine Vereinigung der baltisch-skandinavischen Völker, ein Bund der baltischen Länder oder andere vergleichbare Bündnisse im Gespräch waren. Trotz einiger mutiger Zukunftsentwürfe herrschte jedoch die Angst vor, eine Art psychologische Barriere, dass man selbstständig nicht zurechtkommen würde. Ob sich das Volk, das noch kurz zuvor ein bäuerliches gewesen war, mit seiner schmalen Elite als staatsfähig erweisen würde, das war die Frage, die niemand mit Sicherheit beantworten konnte.

Die dominierende Vorstellung, auf die eine oder andere Weise mit Russland vereint zu bleiben, wurde dann jedoch durchkreuzt von der bolschewistischen Machtergreifung. Als sich herausstellte, dass die Sowjets anstelle eines demokratischen Staats eine militärische Parteidiktatur errichteten, wurde deren weitere Zusammenarbeit mit nicht-bolschewistischen Kräften unmöglich. In Hinblick auf die zeitgenössische Formulierung der estnischen Unabhängigkeitsidee hebt Undusk insbesondere das populäre Traktat „Eesti Töövabariik“ (Die estnische Arbeitsrepublik) aus der Feder der geistigen Leitfigur der Jungesten, des Sozialrevolutionärs Gustav Suits vom Januar 1918 hervor. In diesem umfangreichen Aufsatz wurden als wichtigste Argumente für die Unabhängigkeit die Deklarationen, Dekrete und Beschlüsse der Bolschewiki selbst herangezogen – es gab ja auch nichts anderes! –, worin sich eben auch der Wunsch ausdrückte, die estnischen Bolschewiki für die Unabhängigkeitsidee zu gewinnen. Man kann davon ausgehen, dass ein solcher Optimismus hinsichtlich der Zusammenarbeit im nationalen Sinne nicht nur typisch für linksorientierte Intellektuelle war, sondern auch in der übrigen Gesellschaft Verbreitung fand. Dies zeigten auch die in den Jahren 1917 und 1918 durchgeführten Wahlen, bei denen eine große Anzahl von Stimmen für die Bolschewiki abgegeben wurden. Damals waren die Illusionen hinsichtlich der propagandistischen Versprechen der Bolschewiki noch nicht verschwunden.

Undusk behandelt in seinem Beitrag auch die Verhandlungen zwischen Esten und liberalen Balten in den Jahren 1905 und 1915 über die Zusammenarbeit „zu gemeinsamen Zwecken, um die lokale Autonomie zu sichern“ (S. 21). Von welcher Autonomie ist hier die Rede? Die Autonomie der deutschbaltischen Oberschicht bot der estnischen und lettischen Mehrheitsbevölkerung keinerlei gleichwertigen Vorteil; die Letzterer 1905 erteilte Genehmigung, am Landtag, dem Selbstverwaltungsorgan der

Gouvernements teilzunehmen, kam viel zu spät.<sup>2</sup> Eine Weiterentwicklung der ständischen Provinzialautonomie war ein kurzlebiger Versuch im Jahre 1918 unter dem Namen „Baltisches Herzogtum“, das infolge der Novemberrevolution in Deutschland nicht weiter realisiert werden konnte. Die Ausrufung der Republik Estland beruhte auf der Selbstbestimmung der demografischen Mehrheit, welche die ständische Selbstbestimmung der Balten ablehnte und dieser eine böse Überraschung bereitete, selbst wenn im Freiheitskrieg auf estnischer Seite auch das Baltenregiment kämpfte. Wohl aber weisen die genannten Bemühungen, einen Kompromiss zu schließen, auf die Bereitschaft der führenden estnischen Politiker hin, friedliche Lösungen im Interesse aller zu finden. Undusk führt aus, dass der Text des Manifests die damals verbreiteten Überzeugungen von der Vergangenheit der Esten (die „dunkle Nacht der Sklaverei“) sowie die Prinzipien, auf deren Grundlage der estnische Staat gegründet werden sollte (Bürgerrechte und -freiheiten, Kulturautonomie der nationalen Minderheiten, politische Unparteilichkeit sowie die Zugehörigkeit zu den europäischen Kulturvölkern), spiegelte.

Pajurs Beitrag unter dem Titel „Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests“ gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Unabhängigkeitsidee im Jahre 1917 und zu Beginn des Jahres 1918.<sup>3</sup> Der Autor zeigt, dass die Forderung nach Selbstbestimmung nicht unbedingt die staatliche Unabhängigkeit und die Loslösung von Russland bedeutete. Estnische Politiker hatten verschiedene Projekte der Selbstverwaltung (Autonomie) mit beschränkter Souveränität auch schon zuvor entworfen, doch hatten diese unter den herrschenden Bedingungen im Zarenreich zu keinerlei Ergebnissen geführt. Nach dem Fall der Monarchie veränderte sich die Lage, als das russländische Imperium für eine kurze Zeit ein ziemlich demokratischer Staat wurde. Vor diesem Hintergrund herrschte 1917 die Idee vor, Estland müsse ein autonomer Gliedstaat in einer demokratischen russischen Föderation werden, denn man ging davon aus, dass sich das Imperium in Richtung Demokratie bewege. Die führenden estnischen Politiker sahen sich schließlich aufgrund der Machtergreifung der Bolschewiki und deren sich etablierender Diktatur, aber auch aufgrund der so genannten deutschen Karte gezwungen, energischer und konkreter bei der Bestimmung des zukünftigen Status des Landes vorzugehen. Damals drohte die Gefahr der deutschen Okkupation, hinzu kam der Plan einiger

<sup>2</sup> Vgl. TOOMAS KARJAHÄRM: *Ida ja lääne vahel. Eesti-vene suhted 1850–1917 [Zwischen Ost und West. Estnisch-russische Beziehungen 1850–1917]*, Tallinn 1998, S. 249–260.

<sup>3</sup> Vgl. AGO PAJUR: *Eesti riigi loomine [Die Gründung des estnischen Staats]*, in: *Eesti! Sa seisad lootusriikka tuleviku lävel, kus sa vabalt ja iseseisvalt oma saatust määrata ja juhtida võid. Eesti riikluse alusdokumendid 1917–1920*, hrsg. von DEMS., Tartu 2008, S. 13–37. – Siehe auch DERS.: *Die Geburt des estnischen Unabhängigkeitsmanifests*, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte 1* (2006), S. 136–163 (Anm. d. Red.).

lokaler Deutscher, in Verbindung mit dem Reich einen baltischen Staat zu gründen, der nach übereinstimmender Meinung der estnischen Öffentlichkeit das Ende des estnischen Volkes bedeutet hätte. Um die Jahreswende kamen schließlich alle nicht-bolschewistischen Kräfte zu dem Schluss, dass die Unabhängigkeit ausgerufen werden müsse. Wie sollte dies aber unter der Herrschaft der Bolschewiki, die sich auf das russische Militär stützen konnten, bewerkstelligt werden? Hoffnung wurde auf die demokratisch gewählte Estnische Verfassungsgebende Nationalversammlung (*Eesti Asutav Kogu*) gesetzt; doch wurden die Wahlen zu diesem Organ von den Bolschewiki im Januar 1918 abgebrochen, da sie weniger Stimmen erhielten als erhofft. Fast zwei Drittel der Wählerschaft stimmten dabei für Parteien, die die Idee der Eigenständigkeit unterstützten (S. 60f.).

Das von mehreren Personen verfasste Unabhängigkeitsmanifest wurde am 21. Februar 1918 endgültig gebilligt. Pajur klärt die zum Teil recht komplizierten Umstände der Abfassung, d.h. der beteiligten Autoren, der Drucklegung und der Verkündung des Manifests auf, und vergleicht dessen diverse Redaktionen, die in Textgestaltung und Wortlaut voneinander abweichen. Der Autor hat die Quellen erschöpfend genutzt und ein klares, faktenreiches Narrativ konstruiert, das mit dem 4. März 1918 endet, als die deutschen Truppen die Besetzung Estlands vollendeten. Bei seinem Text handelt es sich um eine großangelegte filigrane Mikrostudie, die quellenkritisch Informationen diversen Ursprungs kombiniert, um anschaulich, wenn auch zum Teil hypothetisch, den Verlauf der Verbreitung des Manifests in den estnischen Städten vom 21. bis zum 25. Februar 1918 nachzuvollziehen. Dies geschah zunächst in Haapsalu und zuletzt in Narva, einem Bollwerk der Bolschewiki. Das Manifest wurde unter den Bedingungen der Machtübernahme von den Sowjets bekannt gemacht, wobei national gesinnte estnische Militärs und die sich formierenden Selbstschutzeinheiten (*Omakaitse*) die Hauptrolle spielten. Seltsamerweise wurde die Unabhängigkeit in Tallinn nicht am 24. Februar feierlich ausgerufen, dort wurde das Manifest nur ausgehängt (S. 141). Auch wenn es einige Autoren anders sehen wollten, bestand Pajur zufolge unter denjenigen, die für die Unabhängigkeit eintraten, keinerlei Konsens, denn die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Flügel waren nicht überwunden. Insgesamt jedoch ist der estnische Staat in Zusammenarbeit aller für die Unabhängigkeit eintretenden Kreise gegründet worden, unabhängig von ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Ausrichtung.

Die Ausrufung der Unabhängigkeit während des kurzen Interregnums zwischen Abzug der Bolschewiki und Ankunft der Deutschen erscheint oft als ein selbstverständlicher und, mehr noch, einzig möglicher Schritt, als die quasi natürliche Fortsetzung der Bestrebungen nach Autonomie. Hent Kalmo behauptet demgegenüber in seinem Artikel „Die Schicksalsstunde der Selbstbestimmung“, dass die Situation in den damaligen chaotischen

Zeiten keineswegs so wahrgenommen worden ist, wie sie im Rückblick gerne gesehen wurde. Selbstbestimmung und Sezession von einer Großmacht waren damals kein allgemein akzeptierter Regelfall, sondern stellten eher die Ausnahme dar, die allgemein verurteilt wurde; Sezession galt als Quelle von Konflikten und instabilen Verhältnissen, die für die Separatisten schwerwiegende Folgen haben konnten. Kalmo zufolge sollte mit diesem Schritt das Ziel verfolgt werden, das estnische Gebiet „*de jure* zu sichern“ – „Die Ausrufung der Unabhängigkeit war in erster Linie für eine Situation gedacht, die nie zustande gekommen ist: für eine internationale Friedenskonferenz, an der Deutschland als Besatzungsmacht des estnischen Gebiets teilnehmen sollte“ (S. 165).

Kalmo führt aus, dass die politische Weisheit des gemäßigten Nationalliberalen Jaan Tõnisson darin bestanden habe, die Notwendigkeit gesehen zu haben, nicht nur die Interessen des estnischen Volkes zu verfolgen, sondern auch die Reaktion der Zentralgewalt zu berücksichtigen (S. 169f., 197 u.a.). Denn Letztere habe ja auch eine moderate sprachlich-kulturelle Selbstbestimmung in willkürlicher Weise als Separatismus auslegen können, der auf die Zerstörung der staatlichen Einheit zielte. Tõnissons geopolitische Ausführungen haben bestimmt einen rationalen und umsichtigen Kern, doch hatte die reaktionäre Zentralgewalt selbst in der Periode der Duma-Monarchie auf die Bestrebungen der Völker in den Grenzregionen kaum je positiv reagiert. Eher verfolgte St. Petersburg die Vereinheitlichung und Zentralisierung des Imperiums, um die Peripherie enger mit Russland und dem russischen Volk zu verschmelzen. Kalmo konstatiert zutreffend, dass der Begriff des Rechts auf Selbstbestimmung stets verdreht worden sei, schließlich komme es bei dessen Wahrnehmung in erster Linie auf die Fähigkeit zur Selbstbestimmung und die Anerkennung durch die Großmächte an. Anders ausgedrückt: Das Selbstbestimmungsrecht wurde in dem Umfang verliehen, in dem das betreffende Volk in der Lage war, es sich anzueignen. Kalmo beschreibt, wie die prinzipielle Intoleranz der Großmächte gegenüber der Sezession einzelner Gebiete während des Ersten Weltkriegs aufgrund äußerer Umstände zerbröckelte, als die Anfandung des Separatismus im Hinterland des Feindes plötzlich zu einem effizienten Mittel der Kriegführung geworden war. Ausführlich charakterisiert er die Standpunkte und propagandistischen Manöver der diversen Petrograder Regierungen und Parteien – in erster Linie der Kadetten und Bolschewiki – sowie der kriegführenden Staaten hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts und der Annexionen in den Ostseeprovinzen. Infolge der Zunahme der geopolitischen Bedeutung der baltischen Region wurden die Großmächte aktiv, d.h. die Entente, das Deutsche Reich und Sowjetrußland, die miteinander auf Kriegsfuß standen und globale Ambitionen hatten. Durchaus nachvollziehbar scheint die vom Autor vorgebrachte These zu sein, wonach es den estnischen Politikern Anfang 1918 vor allem darauf angekommen sei, zwei mögliche rechtliche Auslegungen in der Zukunft zu

vermeiden – erstens, dass Estland nach wie vor ein Teil Russlands sei, und zweitens, dass Estland an Deutschland angegliedert worden sei (S. 229). Um aus diesem Grund die Unabhängigkeit zu proklamieren, war schließlich nur während des kurzen Interregnums denkbar, als die Bolschewiki von der Macht verdrängt und die deutschen Truppen noch nicht eingetroffen waren. Somit kam es Kalmo zufolge damals nicht auf die Verhinderung der deutschen Okkupation an, denn diese hätte ohnehin nicht vermieden werden können; wesentlich war die rechtliche Sicherung des Status Estlands. Auf die Diplomatie übte das Februarmanifest indes keinen Einfluss aus; die zur Vertretung des estnischen Standpunkts bei den anderen Mächten entsandte Auslandsdelegation berief sich auf den Beschluss des Provinzialparlaments (*Maapäev*) über die höchste Gewalt im Lande vom 15. (28.) November 1917. Der Autor stimmt dem Mitglied des für die Proklamation der Unabhängigkeit verantwortlichen Rettungskomitees (*Päästekomitee*) Konstantin Päts zu, der zehn Jahre später die Auffassung vertrat, die Ausrufung der Republik sei für die Esten selbst am wichtigsten gewesen.

Das Buch wird durch eine Auswahl themenbezogener Dokumente in Form von Fotokopien, darunter vier Redaktionen des Unabhängigkeitsmanifests (die ursprüngliche handschriftliche Redaktion von Juhan Kukk vom 21. Februar 1918 sowie die in Pärnu, Tallinn und Paide gedruckten Varianten) und fünf Tagesbefehle des Rettungskomitees ergänzt. Zudem finden sich hier Erinnerungen und Kurzbiografien von 26 Zeitzeugen, die zu einem Großteil ursprünglich in der Zwischenkriegszeit erschienen sind.

Diese Rezension wurde auf Estnisch in der Zeitung „Sirp“ vom 19.6.2014 veröffentlicht.

TOOMAS KARJAHÄRM

*Leonid Arbusow (1882–1951) und die Erforschung des mittelalterlichen Livland* (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 24). Hrsg. von ILGVARS MISĀNS und KLAUS NEITMANN. Böhlau Verlag. Köln, Weimar und Wien 2014. 384 S, 6 Abb. ISBN 9783412222147.

Das wissenschaftliche Erbe Leonid Arbusows d. J. (1882–1951) bildet bis heute einen Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen zur Geschichte Livlands im Mittelalter. Im November 2007 wurde eine internationale Konferenz anlässlich des 125. Geburtstages des Historikers in Riga abgehalten. Der vorliegende Sammelband enthält vierzehn Beiträge von lettischen, estnischen, polnischen und deutschen Mediävistinnen und Mediävisten, die auf den in Riga gehaltenen Vorträgen beruhen. Den Band eröffnet eine